

19.54

Abgeordneter Philip Kucher (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzter Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Österreichisches Patentamt gehört mit inzwischen stolzen 117 Jahren sicherlich zu den ältesten Rechtsschutzinstitutionen auch im internationalen Vergleich. Es hat – und das bekommen wir im internationalen Standort- und Innovationswettbewerb mit – die Rolle des geistigen Eigentums in den letzten Jahren deutlich zugenommen und wird durch eine sehr offensive Patentrechtspolitik vieler Staaten – China ist dafür ein Beispiel – in Zukunft natürlich noch deutlich an Bedeutung gewinnen.

Ich glaube, dass es eben nicht nur aufgrund der angesprochenen Rechnungshofempfehlungen, sondern auch aufgrund der Entwicklungen im Bereich der Patente dringend notwendig ist, dass wir dieser altherwürdigen Institution einen neuen gesetzlichen Rahmen geben, dass wir Fehler aus der Vergangenheit aufgreifen, aber vor allem auch Zukunftspotenziale und Zukunftschancen für die Republik nützen.

Früher war es so, dass Rohstoffe, Transportkosten, Arbeits- und Energiekosten die entscheidenden Kriterien waren. Das ist jetzt durch den Faktor Wissen abgelöst worden – Wissen, wie man Dienstleistungen erbringt, wie man Produkte herstellt. Und die Frage ist natürlich auch, wie man dieses Wissen auch in einer globalen Welt schützen kann. Das sind zentrale Herausforderungen für das Österreichische Patentamt.

Da geht es einerseits natürlich um die Information gerade für KMUs, nämlich nicht nur den Schutz des geistigen Eigentums, sondern vor allem auch darum, wie man mit Fragen der Abwehr von Patentrechtsverletzungen umgeht, wie man damit umgeht, wenn man Patente unter Umständen unabsichtlich verletzt, weil man die Informationen nicht gehabt hat. Das sind in Zukunft alles Aufgaben für das Österreichische Patentamt, denen wir uns stellen sollten.

Nur zum Vergleich andere Staaten, vor allem China und Südkorea, die hier mächtig aufrüsten und sehr offensive Strategien fahren: China hat sich im Rahmen der nationalen Patentstrategie das Ziel auferlegt, die Anmeldezahlen bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln. Da reden wir von zwei Millionen Patenten pro Jahr, zwei Millionen Wissensmonopolen. Diese Entwicklung ist unaufhaltsam, die wird uns treffen. Wir müssen mit dieser Entwicklung auch leben und darauf reagieren. Ändern können wir sie nicht, aber wir haben hier die Chance, sie auch zu gestalten.

Ich möchte wie Kollege Deimek grundsätzlich auch die Kritik des Rechnungshofs ansprechen. Ich glaube, es ist selbstverständlich, dass wir diese Parallelstruktur, die es bisher im Patentamt gegeben hat, dringend bereinigen und zusammenführen müssen. Es gibt zwei Alternativen bei dem, was der Rechnungshof zum Zusammenführen sagt. Eine Privatisierung kann wahrscheinlich nicht die Lösung sein, dass alles privat gemacht wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir in dieser Institution alles unter ein Dach bringen. In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass Menschen in der Tochtergesellschaft angestellt waren, dass Mitarbeiter beim Patentamt für gleiche oder ähnliche Tätigkeiten doppelt kassiert haben. Das alles sind ja Entwicklungen, die wir nicht wollen und die Gott sei Dank auch von der neuen Präsidentin abgestellt wurden, wo man einfach schaut, dass man Synergien schafft. Und ich finde es auch positiv, dass man für die bisherigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im teilrechtsfähigen Bereich eine faire Lösung gefunden hat.

Die Anregungen des Rechnungshofs gehen weiter, dahin, dass man vor allem den Bereich der Information, der Dienstleistungsorientierung ausbaut. Das wird gerade in Richtung KMUs ein wichtiger Schritt sein. (*Abg. Pirklhuber: Richtig!*) Was möglich ist und welche Dynamik sich hier in diesem Bereich Gott sei Dank breitgemacht hat, hat die Maßnahme von Minister Leichtfried letzte Woche gezeigt, dass wir nämlich gerade für den wesentlichen Bereich der Start-ups ganz neue Beratungsleistungen und Unterstützungsleistungen in Angriff genommen haben. Diese Bereiche müssen wir in Zukunft noch deutlicher ausbauen.

Ich darf abschließend auch noch allen Kolleginnen und Kollegen im FIT-Ausschuss Danke sagen, in dem wir gemeinsam zu bedenklichen Entwicklungen, wie dieser Harvard-Krebsmaus, die es vor 25 Jahren gegeben hat, Turbolachs, Superkühe, patentierter Brokkoli, ganz klar Nein gesagt haben.

Die Natur ist keine Erfindung, und deswegen kann es auch keine Patente auf Tiere und Pflanzen geben, das hat hier der Ausschuss beschlossen. Wir haben im Ausschuss gemeinsam die rechtliche Grundlage noch einmal nachgeschärft, sind dann noch einmal deutlicher geworden. Wir haben beschlossen, diese rechtlichen Grundlagen in Zukunft weiter zu evaluieren, weiter dafür zu sorgen, dass diese strengen Biopatentrichtlinien in Österreich sogar auch europaweit umgesetzt werden sollen. Und das ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger Schulterschluss, dass wir gemeinsam mit 800 000 Menschen in ganz Europa, davon über 100 000 Menschen in Österreich, die sich gegen Biopatente ausgesprochen haben, auch den zuständigen Bundesminister unterstützen, damit wir europaweit dafür kämpfen, dass es in Zukunft keine Biopatente geben darf.

Gerade diese Evaluation wird wichtig sein, um gemeinsam mit unserer Wissenschafts- und Forschungscommunity, den NGOs und Umweltschutzorganisationen dafür zu sorgen, dass so Unklarheiten und Graubereiche, die es bisher in der europäischen Biopatentrichtlinie gegeben hat – wo es dann heißt: im Wesentlichen biologische Verfahren –, beseitigt werden. Das gehört gemeinsam laufend evaluiert, und es ist darauf zu achten, dass wir auch den technologischen Fortschritt in unser österreichisches Recht mit aufnehmen. Ich danke also allen für diese klare Aussage: keine Patente auf Tiere und Pflanzen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

19.59

Präsident Ing. Norbert Hofer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Doppler. – Bitte.